



Deutscher Bundestag
2. Untersuchungsausschuss
der 18. Wahlperiode
Die Vorsitzende

Der 2. Untersuchungsausschuss hat in seiner 2. Sitzung am 4. Juli 2014 beschlossen:

Beweisbeschluss 18 (27) 13

Es wird Beweis erhoben zum gesamten Untersuchungsauftrag durch

Beiziehung
sämtlicher Akten, Dokumente, in Dateien oder auf andere Weise gespeicherter Daten und
sonstiger sächlicher Beweismittel,
die den Untersuchungsgegenstand betreffen,
und die im nachgeordneten Geschäftsbereich des Niedersächsischen Justizministeriums
ab dem 15. Oktober 2013 entstanden
oder in behördlichen Gewahrsam genommen worden sind,

unter angemessener Anonymisierung der Namen verdächtiger Personen
mit Ausnahme von Sebastian Edathy
und ohne das unmittelbare Bild- und Videomaterial
sowie unter Unkenntlichmachung aller Namen und Daten möglicher Opfer,

im Wege des **Ersuchens um Amtshilfe** gemäß § 18 Abs. 4 PUAG i. V. m. Art. 44 Abs. 3 GG
über die Niedersächsische Staatskanzlei bei der zuständigen obersten Landesbehörde.

Es wird darum gebeten, die beigezogenen Beweismittel möglichst bis zum **1. September 2014**
vollständig vorzulegen.

Zur Beschleunigung des Verfahrens wird darum gebeten, die beigezogenen Beweismittel
möglichst sukzessive, nötigenfalls auch in unvollständigen Teillieferungen, vorzulegen und
dementsprechend die erforderliche Vollständigkeitserklärung erst mit der Übersendung der
letzten Tranche der dem jeweiligen Beweisbeschluss unterfallenden Beweismittel
vorzunehmen.

Darüber hinaus wird gebeten, ggf. VS-Vertraulich oder höher eingestufte Unterlagen aus den
jeweiligen Unterlagen/Aktenbeständen auszusondern, entsprechende Leerblätter in die
Unterlagen/Akten einzufügen und die eingestufteten Unterlagenteile unter Angabe ihres
ursprünglichen Akten/Unterlagenzusammenhangs gesondert zu übermitteln.


Dr. Eva Högl, MdB